



8. Mai

TAG DER BEFREIUNG

Aufruf vom Bündnis zum 8. Mai 2022 in Hamburg

Der 8. Mai muss ein Feiertag werden, an dem der Verfolgten und Opfer des Naziterrorors gedacht wird und an den Widerstand gegen das Naziregime erinnert werden kann. Damit sich die Geschichte nie wiederholt, brauchen wir eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – dafür braucht es Zeit und angemessene Orte der Erinnerung und des Lernens!

Den Tag der Befreiung zum Feiertag!

Der 8. Mai – ein Tag, um die Befreiung vom Faschismus zu feiern und aus der Geschichte zu lernen

Am 8. Mai 1945 wurden weite Teile Europas vom Faschismus befreit. Mehr als 55 Millionen Menschen starben im Zweiten Weltkrieg. Der deutsche Versuch, die Welt Herrschaft zu erringen, führte zu unvorstellbarem Leid der Opfer von Nazi-Terror, Völkermord und Vernichtungskrieg.

In Deutschland empfanden vor allem die überlebenden Verfolgten und Widerstandskämpfer*innen diesen Tag als eine Befreiung. Für die Mehrheit der Deutschen blieb der 8. Mai jedoch als ein Tag des Zusammenbruchs und der Niederlage im Gedächtnis. Dennoch waren viele froh, dass der Krieg vorbei war. Wir alle verdanken das Ende des Terrors und des Mordens den Sieger*innen des 8. Mai: Zuallererst den alliierten Streitkräften, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hatte. Und auch den unzähligen Widerstandskämpfer*innen, welche sich dem Faschismus in allen besetzten Ländern auf unterschiedlichstem Wege entgegenstellten. Dabei erinnern wir mit besonderer Dankbarkeit an den Beitrag, den der antifaschistische Widerstand in Deutschland und in der Emigration, als Teil von Partisan*innenverbänden und in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition geleistet hat. Damit wurde die Grundlage für ein friedvolles Zusammenleben in Europa gelegt.

Allerdings kamen die Täter*innen nach 1945 weitgehend ungeschoren davon. Eine wirkliche Entnazifizierung blieb aus, in allen Behörden und Institutionen blieben ehemalige Mitglieder der NSDAP über Jahrzehnte in der Mehrheit. Die deutsche Wirtschaft, allen voran die Chemie- und Rüstungsindustrie, und die Banken, waren die Gewinner von „Arisierung“, Krieg sowie der Ausbeutung von KZ-Häftlingen und

Zwangsarbeiter*innen. Diese waren eine maßgebliche Voraussetzung für das sogenannte „Wirtschaftswunder“ der 1950er und 1960er Jahre. Die Überlebenden aus Widerstand und Verfolgung, die sich nach der Befreiung in Komitees ehemaliger politischer Gefangener und 1947 in der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes zusammengeschlossen hatten, forderten neben der Entschädigung der Opfer und der Bestrafung der Täter*innen auch die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NS-Regimes. Jede Art von Aufarbeitung, Anklage, Entschädigung und Erinnerung musste in Zusammenarbeit von Verfolgtenorganisationen und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Widerstände hart erkämpft werden. Rechter Terror, Nazis in den Parlamenten und die weit verbreitete Geschichtsvergessenheit zeigen uns, wie gefährdet diese Errungenschaften sind. Um das Er kämpfte zu erhalten und in Zukunft darauf aufzubauen brauchen wir ein Zeichen für einen gesellschaftlichen Perspektiv-Wechsel: den 8. Mai als Feiertag.

Am 8. Mai soll niemand mehr zur Arbeit oder in die Schule gehen müssen! Wir schließen uns der Forderung der VVN-BdA und der kürzlich verstorbenen Holocaust-Überlebenden und Ehrenvorsitzenden der VVN-BdA Esther Bejarano an, dass der 8. Mai ein Feiertag werden muss! Wir wollen an diesem Tag zusammenkommen, um „über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit“. Ob auf großen Kongressen, Demonstrationen und Festveranstaltungen, in kleinen Zusammenkünften, im Kreise der Familie oder auf Jugendbildungsfahrten: wir nehmen uns den 8. Mai als einen Tag, an dem wir gemeinsam den Verfolgten und Opfern des NS-Regimes gedenken und an den Widerstand erinnern. Gedenken bedeutet aus der Vergangenheit zu lernen und eine Vision der Zukunft ohne Faschismus, Krieg, Verfolgung und Diskriminierung zu entwickeln.

Wir brauchen sichtbare Erinnerung und Orte der Auseinandersetzung! Für angemessene Gedenk- und Lernorte!

Noch bis ins neue Jahrtausend mussten viele Orte der Erinnerung, ob an die Verbrechen des NS-Staats oder an die Opfer auch in Hamburg erkämpft werden: vom „Platz der jüdischen Deportierten“ über den Stern der „Weißen Rose“ in der Universität bis zum Ehrenhain der Widerstandskämpfer*innen. Ebenso erging es auch jeder einzelnen Etappe der Entstehung der heutigen Gedenkstätten Neuengamme, Fuhlsbüttel, Bullenuser Damm und das Plattenhaus Poppenbüttel.

Bis heute gibt es zahlreiche Kämpfe um angemessene Gedenk- und Lernorte, auch weil die Stadt historisch bedeutsame Gebäude und damit auch die öffentliche Erinnerung zunehmend privatisiert:

- In Hamburg gibt es immer noch keinen zentralen Ort der Erinnerung an den Widerstand gegen das Nazi-Regime. Das Stadthaus, die ehemalige GESTAPO-Zentrale Norddeutschlands, in welcher Verfolgung, Folter und Mord unzähliger Menschen ihren Ausgangspunkt hatte wurde 2009 an einen Investor verkauft, der den Gebäudekomplex in eine Shoppingmeile verwandelte. Nachdem das Konzept einer Gedenckecke in einer Buchhandlung mit angeschlossenem Café nun gescheitert ist, erwarten wir die Einbeziehung der Verfolgtenorganisationen in die weitere Planung. Dazu gehört in jedem Fall die Darstellung und Würdigung des antifaschistischen Widerstands.

- Der Bau des Dokumentationszentrums am Hannoverschen Bahnhof, von dem aus unzählige Menschen deportiert wurden, wurde einem Investor anvertraut. Dieser vermietete die acht Stockwerke über den Ausstellungsräumen an die Firma Wintershall DEA, welche an Arisierung, Zwangsarbeit und Krieg Millionen verdient hatte. Erst nach massiven Protesten der Opferorganisationen wurde ein Neubau für das Dokumentationszentrum vereinbart.
- Die Reste des weltweit ersten Tempels des liberalen Judentums, welche sich in der Hamburger Neustadt befinden sollen aus wirtschaftlichen Gründen in ein Wohnungsbauprojekt „integriert“ werden.
- Das bis 1997 von der Stadt betriebene Lagerhaus G, das in den Jahren 1944/45 als KZ-Außenlager genutzt wurde, und in dem zusätzlich auch Kriegsgefangene sowie italienische Militärinternierte inhaftiert waren, sollte in den 90er Jahren abgerissen werden. Ein privater Investor kaufte es damals der Stadt ab. Nach dessen Konkurs ließ die Stadt die Chance zum Rückkauf ungenutzt. Im aktuellen Koalitionsvertrag wurde die Schaffung eines Gedenkortes am Lagerhaus G festgeschrieben. Völlig offen bleibt aber die Ausgestaltung dieses Gedenkortes sowie der Weg dahin.

Wir fordern:

Um aus der Geschichte lernen zu können, damit sich diese nie wiederholen kann brauchen wir ausreichend große und finanzierte Gedenk- und Lernorte. Orte die groß genug sind, damit wir alle zusammenkommen können. Orte, die das Gedenken an die Opfer und Verfolgten mit dem Austausch über die Perspektiven einer Welt unter dem Motto „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“ ermöglichen. Dazu müssen diese Orte in öffentlicher Hand sein, da nur so eine angemessene Erinnerungsarbeit ohne Anpassungsdruck an die Marktzwänge möglich ist. Gedenken darf nicht privatisiert werden!

Antifaschismus muss Grundlage unserer Gesellschaft sein!

Gerade jetzt, in Zeiten, in denen rechte Kräfte immer stärker werden und rechter Terror auf der Tagesordnung steht, brauchen wir eine klare Haltung. Wir brauchen einen neuen Konsens, dass Antifaschismus Grundlage unserer Gesellschaft ist und bleibt, damit rassistische und faschistische Ideologie und Gewalt in dieser keinen Platz mehr hat!

Dafür streiten wir gemeinsam am 8. Mai 2022 und an jedem anderen Tag des Jahres!



Kommt am 8. Mai 2022 zu unserer antifaschistischen Demonstration mit anschließendem Befreiungsfest auf dem Hamburger Rathausmarkt!